

# OLG Report

Schnelldienst  
zur Zivilrechtsprechung  
der Oberlandesgerichte

14. Jahrgang

Frankfurt  
Koblenz  
Zweibrücken  
Saarbrücken

**Sonderbeilage**  
zu Heft 13/2005

---

Unterhaltsgrundsätze des  
OLG Frankfurt am Main  
Stand 1.7.2005

[www.olgreport.de](http://www.olgreport.de)

---

**ols**  
Verlag  
Dr. Otto Schmidt  
Köln

# Nachzügler

Sie hatten keine Zeit? Sie hatten Besseres zu tun?  
Das verstehen wir doch. Aber wenn Sie wirklich  
zum kleinen Kreis derer gehören,  
die den neuen **Z**öller immer noch nicht haben,  
wissen Sie, was zu tun ist: Gas geben und bestellen.

----- **BESTELLSCHEIN** Fax (02 21) 9 37 38 -943 -----



**Ich gebe Gas.** Ich bestelle mit 14-tägigem Rückgaberecht **Zöller** Zivilprozessordnung, 25., neu bearbeitete Auflage 2005, 2.964 Seiten Lexikonformat, gbd. 154,80 € [D]. ISBN 3-504-47014-3

Name

Straße

PLZ

Ort

Datum

Unterschrift

Z5-2/05

**100** Jahre  
Verlag  
Dr. Otto Schmidt  
Köln

Wir machen Wissen praktikabel

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder beim Verlag Dr. Otto Schmidt · Postfach 51 10 26 · 50946 Köln

Frankfurt Koblenz  
Zweibrücken  
Saarbrücken

## Unterhaltsgrundsätze des OLG Frankfurt am Main

(Stand: 1. Juli 2005)

### Präambel

Die von den Richtern der Familiensenate des für ganz Hessen zuständigen OLG Frankfurt am Main erarbeiteten Grundsätze beruhen auf der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und sollen im Interesse der Einheitlichkeit und Überschaubarkeit Orientierungslinien für die Praxis geben. Sie orientieren sich an der bundeseinheitlichen Leitlinienstruktur und lehnen sich, soweit inhaltlich übereinstimmend, an den Wortlaut der Süddeutschen Leitlinien an.

Sie binden den Richter nicht; dieser wird in eigener Verantwortung die angemessenen Lösungen des Einzelfalls finden müssen.

Das Tabellenwerk der Düsseldorfer Tabelle ist eingearbeitet. Die Erläuterungen werden durch nachfolgende Leitlinien ersetzt.

### Unterhaltsrechtlich maßgebendes Einkommen

#### 1. Geldeinnahmen

##### 1.1 Regelmäßiges Bruttoeinkommen einschl. Renten und Pensionen

Auszugehen ist vom Bruttoeinkommen als Summe aller Einkünfte, regelmäßig bezogen auf das Kalenderjahr.

##### 1.2 Unregelmäßiges Einkommen

Soweit Leistungen nicht monatlich anfallen (z.B. Weihnachts- und Urlaubsgeld), werden sie auf ein Jahr umgelegt. Einmalige Zahlungen (z.B. Abfindungen) sind auf einen angemessenen Zeitraum (in der Regel mehrere Jahre) zu verteilen.

##### 1.3 Überstunden

Überstundenvergütungen werden voll angerechnet, soweit sie berufstypisch sind oder in geringem Umfang anfallen (BGH v. 25.6.1980 – IVb ZR 530/80, MDR 1980, 1010 = FamRZ 1980, 984 = NJW 1980, 2251) oder der Mindestbedarf der Kinder nicht gedeckt ist. Im Übrigen ist der Anrechnungsteil nach Zumutbarkeit zu ermitteln. Die Weiterführung überobligationsmäßiger Überstundenleistungen kann regelmäßig nicht verlangt werden. Dies gilt entsprechend auch für Nebentätigkeiten. Zur Obliegenheit einer Nebentätigkeit zur Deckung des Mindestbedarfs minderjähriger Kinder vgl. BVerfG v. 5.3.2003 – 1 BvR 752/02, FamRZ 2003, 661.

##### 1.4 Spesen und Auslösungen

Über die Anrechenbarkeit von Spesen und Auslösungen ist nach Maßgabe des Einzelfalls zu entscheiden. Als Anhaltspunkt kann eine anzurechnende häusliche Erspar-

nis (also nicht für reine Übernachtungskosten oder Fahrtkosten bis zu der in Ziff. 10. 2. 2 definierten Höhe) von einem Drittel in Betracht kommen.

#### 1.5 Einkommen aus selbständiger Tätigkeit

Bei Einkünften aus selbständiger Tätigkeit oder aus Gewerbebetrieb wird regelmäßig an den Gewinn (§ 4 Abs. 1, 3 EStG) aus einem zeitnahen Dreijahreszeitraum angeknüpft. Mit der Vorlage der ESt-Bescheide und der entsprechenden Bilanzen mit G+V-Rechnung oder den Einnahme/Überschuss-Rechnungen wird der besonderen Darlegungslast (BGH v. 27.1.1993 – XII ZR 206/91, FamRZ 1993, 789 [792]) i.d.R. genügt. Auf substantiierten Einwand sind ggf. weitere Erläuterungen vorzunehmen oder Belege vorzulegen. **Zu Ansparschreibungen und zur Beachtung von Besonderheiten der Einkommensentwicklung siehe BGH v. 2.6.2004 – XII ZR 217/01, BGHReport 2004, 1218 = MDR 2004, 1240 = FamRZ 2004, 1177.**

#### 1.6 Einkommen aus Vermietung und Verpachtung sowie Kapitalvermögen

ist der Überschuss der Bruttoeinkünfte über die Werbungskosten und notwendige Instandhaltungsrücklagen. Für Wohngebäude ist keine AfA anzusetzen; im Einzelfall kommt stattdessen die Berücksichtigung angemessener Tilgungsleistungen in Betracht.

#### 1.7 Steuererstattungen

sind in der Regel im Kalenderjahr der tatsächlichen Leistung zu berücksichtigen. **Steuervorteile, die auf unterhaltsrechtlich nicht zu berücksichtigenden Aufwendungen beruhen, bleiben außer Betracht.**

#### 1.8 Sonstige Einnahmen

sind z.B. Trinkgelder

### 2. Sozialleistungen

#### 2.1 Arbeitslosengeld und Krankengeld

##### 2.2 Leistungen nach dem SGB II

**Beim Verpflichteten sind Leistungen nach §§ 19–32 SGB II Einkommen. Leistungen für Unterkunft und Heizung (§ 22 SGB II), die über die Wohnbedarfssätze in den Selbsthalten hinausgehen, erhöhen nicht die Leistungsfähigkeit.**

**Beim Berechtigten sind Leistungen nach § 24 SGB II als Einkommen zu berücksichtigen sowie grundsätzlich Leistungen nach § 16 Abs. 3 und § 29 SGB II, soweit diese Zahlungen nicht durch einen tatsächlich vorhandenen Mehraufwand verbraucht werden. Die übrigen Leistungen nach dem SGB II sind grundsätzlich kein Einkommen, es sei denn, der Anspruch kann nach § 33**

*Abs. 2 SGB II nicht übergeleitet werden oder die Nichtberücksichtigung der Leistung ist treuwidrig (BGH v. 17.3.1999 – XII ZR 139/97, MDR 1999, 744 = FamRZ 1999, 843 [847]; v. 27.9.2000 – XII ZR 174/98, BGHReport 2001, 382 = MDR 2001, 694 = FamRZ 2001, 619 [620]). Letzteres kommt in Betracht, wenn zum Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung eine Überleitung nicht erfolgt ist.*

### 2.3 Wohngeld,

soweit es nicht erhöhte Wohnkosten deckt.

### 2.4 BAföG-Leistungen,

auch soweit sie als Darlehen gewährt werden, mit Ausnahme von Vorausleistungen nach §§ 36,37 BAföG.

### 2.5 Erziehungsgeld

nur in den Ausnahmefällen des § 9 S. 2 BErzGG.

### 2.6 Unfall- und Versorgungsrenten

(z.B. nach dem BVersG) nach Maßgabe des § 1610a BGB.

### 2.7 Leistungen aus der Pflegeversicherung, Blindengeld u.Ä.

Leistungen aus der Pflegeversicherung an den Pflegegling, Blindengeld, Schwerbeschädigten- und Pflegezulagen, jeweils nach Maßgabe des § 1610a BGB.

### 2.8 Pflegegeld

Der Anteil des Pflegegeldes bei der Pflegeperson, durch den ihre Bemühungen abgegolten werden; bei Pflegegeld aus der Pflegeversicherung gilt dies nach Maßgabe des § 13 Abs. 6 SGB XI.

### 2.9 Grundsicherungsleistungen

*Die Leistungen gemäß §§ 41–43 SGB XII sind beim Berechtigten im Rahmen von Verwandtenunterhaltsansprüchen in der Regel als Einkommen zu berücksichtigen.*

*Im Rahmen von Ehegattenunterhaltsansprüchen sind sie im Regelfall nicht als Einkommen zu bewerten.*

### 2.10 Sonstige Leistungen nach dem SGB XII und 2.11 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

*Diese Leistungen sind nicht als Einkommen zu bewerten.* Die Unterhaltsforderung eines Empfängers dieser Leistungen kann in Ausnahmefällen treuwidrig sein (BGH v. 17.3.1999 – XII ZR 139/97, MDR 1999, 744 = FamRZ 1999, 843 [847]; v. 27.9.2000 – XII ZR 174/98, BGHReport 2001, 382 = MDR 2001, 694 = FamRZ 2001, 619 [620]).

### 2.12 Leistungen nach den Vermögensbildungsgesetzen

beeinflussen das Einkommen nicht, d.h. der vermögenswirksame Anlagebetrag mindert das Einkommen nicht; andererseits erhöhen vermögenswirksame Beiträge des Arbeitgebers und die Sparszulage nicht das Einkommen.

### 3. Kindergeld

wird nicht zum Einkommen gerechnet (vgl. Nr. 14).

### 4. Geldwerte Zuwendungen des Arbeitgebers

Geldwerte Zuwendungen aller Art des Arbeitgebers, z.B. Firmenwagen oder freie Kost und Logis, sind Einkommen, soweit sie entsprechende Eigenaufwendungen ersparen.

### 5. Wohnwert

Der Wohnvorteil durch mietfreies Wohnen im eigenen Heim ist als wirtschaftliche Nutzung des Vermögens unterhaltsrechtlich wie Einkommen zu behandeln. Neben dem Wohnwert sind auch Zahlungen nach dem Eigenheimzulagengesetz anzusetzen. Ein Wohnvorteil liegt nur vor, soweit der Wohnwert den berücksichtigungsfähigen Schuldendienst, erforderliche Instandhaltungskosten und die verbrauchsunabhängigen Kosten, mit denen ein Mieter üblicherweise belastet wird, übersteigt. Auszugehen ist vom vollen Mietwert (objektiver Wohnwert). Wenn es nicht möglich oder nicht zumutbar ist, die Wohnung aufzugeben und das Objekt zu vermieten oder zu veräußern, kann statt dessen die ersparte Miete angesetzt werden, die angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse angemessen wäre (subjektiver Wohnwert). Dies kommt insbesondere für die Zeit bis zur Scheidung in Betracht, wenn ein Ehegatte das Eigenheim allein bewohnt (vgl. für den Trennungsunterhalt: BGH v. 22.4.1998 – XII ZR 161/96, MDR 1998, 781 = FamRZ 1998, 899 ff.; v. 20.10.1999 – XII ZR 297/97, MDR 2000, 215 = FamRZ 2000, 351 ff., für den nahehelichen Unterhalt: BGH v. 5.4.2000 – XII ZR 96/98, MDR 2000, 769 = FamRZ 2000, 950 ff., beim Elternunterhalt: BGH v. 19.3.2003 – XII ZR 123/00, MDR 2003, 1183 = BGHReport 2003, 954 m. Anm. Borth = FamRZ 2003, 1179 ff.). Als Untergrenze für den subjektiven Wohnwert ist der Kaltmietanteil im kleinen Selbstbehalt anzusetzen. Bei höherem Einkommen ist der Wohnwert angemessen zu erhöhen.

### 6. Haushaltsführung

Führt jemand einem leistungsfähigen Dritten den Haushalt, so ist hierfür ein Einkommen anzusetzen (BGH v. 20.5.1987 – IVb ZR 50/86, FamRZ 1987, 1011 = NJW-RR 1987, 1282; BGH v. 21.12.1988 – IVb ZR 18/88, MDR 1989, 528 = FamRZ 1989, 487 = NJW-RR 1989, 1083; BGH v. 14.12.1994 – XII ZR 180/93, MDR 1995, 821 = FamRZ 1995, 344); bei Haushaltsführung durch einen Nichterwerbstitigen geschieht das in der Regel mit einem Betrag **380 €**.

### 7. Einkommen aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit

kann nach Billigkeit ganz oder teilweise unberücksichtigt werden.

### 8. Freiwillige Zuwendungen Dritter

(z.B. Geldleistungen, kostenloses Wohnen) sind als Einkommen zu berücksichtigen, wenn dies dem Willen des Dritten entspricht.

### 9. Erwerbsobliegenheit und Einkommensfiktion

Einkommen können auch aufgrund einer unterhaltsrechtlichen Obliegenheit erzielbare Einkünfte sein (fiktives Einkommen).

## 10. Bereinigung des Einkommens

### 10.1 Steuern und Vorsorgeaufwendungen

Vom Bruttoeinkommen sind Steuern, Sozialabgaben und angemessene Vorsorgeaufwendungen abzusetzen (Nettoeinkommen). **Zu den angemessenen Vorsorgeaufwendungen kann auch die zusätzliche Altersversorgung im Rahmen der steuerlichen Förderung nach § 10a EStG zählen. Ziffer 1.7 gilt entsprechend.**

Es besteht die Obliegenheit, Steuervorteile in zumutbarem Rahmen in Anspruch zu nehmen.

### 10.2 Berufsbedingte Aufwendungen,

die sich von den privaten Lebenshaltungskosten nach objektiven Merkmalen eindeutig abgrenzen lassen, sind im Rahmen des Angemessenen vom Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit abzuziehen.

#### 10.2.1 Pauschale/konkrete Aufwendungen

Bei Vorliegen entsprechender Anhaltspunkte kann eine Pauschale von 5 % des Nettoeinkommens (**maximal 150 €**) abgesetzt werden. **Diese Pauschale wird vom Nettoeinkommen vor Abzug von Schulden und besonderen Belastungen abgezogen.** Übersteigen die berufsbedingten Aufwendungen diese Pauschale, so sind sie im Einzelnen darzulegen.

#### 10.2.2. Fahrtkosten

Ein Abzug von Fahrtkosten zur Arbeitsstätte mit dem eigenen PKW erfolgt grundsätzlich nur in Höhe der Fahrtkosten öffentlicher Verkehrsmittel, wenn deren Benutzung zumutbar ist. Ist wegen schwieriger öffentlicher Verkehrsverbindungen oder aus sonstigen Gründen die Benutzung eines PKW als angemessen anzuerkennen, so wird eine Kilometerpauschale in Höhe des Betrages nach **§ 5 Abs. 2 Nr. 2 JVEG** (zurzeit **0,30 €** für jeden gefahrenen Kilometer) berücksichtigt. Anhaltspunkte für die Bestimmung der Angemessenheit können einerseits die ehelichen Lebensverhältnisse und andererseits das Verhältnis der Fahrtkosten zu dem Einkommen sein.

Die Fahrtkostenpauschale deckt in der Regel sowohl die laufenden Betriebskosten als auch die Anschaffungskosten des PKW ab.

Bei hoher Fahrleistung ist, da die Fahrtkosten nicht gleichmäßig ansteigen, eine abweichende Bewertung veranlasst. In der Regel kann bei einer Entfernung von mehr als 30 km (einfach) und einer PKW-Nutzung an ca. 220 Tagen im Jahr für jeden Mehrkilometer die Pauschale auf die Hälfte des Satzes herabgesetzt werden.

Bei unverhältnismäßig hohen Fahrtkosten infolge weiter Entfernung zum Arbeitsplatz kommt auch eine Obliegenheit zu einem Wohnortwechsel in Betracht (BGH v. 21.1.1998 – XII ZR 117/96, FamRZ 1998, 1501 [1502]).

#### 10.2.3 Ausbildungsaufwand

Bei Vorliegen entsprechender Anhaltspunkte kann eine Pauschale von 5 % der Ausbildungsvergütung abgesetzt werden. Übersteigen die Aufwendungen diese Pauschale, so sind sie im Einzelnen darzulegen (vgl. Ziff. 10.2.1).

### 10.3 Kinderbetreuung

Kinderbetreuungskosten sind abzugsfähig, soweit die Betreuung durch Dritte infolge der Berufstätigkeit erforderlich ist. Geht ein Ehegatte einer Erwerbstätigkeit nach, obwohl er wegen der Betreuung eines oder mehrerer minderjähriger Kinder hierzu nicht gehalten ist, so kann ihm wegen der Mehrbelastung zusätzlich noch ein Betrag bis zu **220 €** anrechnungsfrei belassen werden (§ 287 ZPO).

### 10.4 Schulden

Berücksichtigungswürdige Schulden (Zins und Tilgung) sind abzuziehen; die Abzahlung soll im Rahmen eines vernünftigen Tilgungsplanes in angemessenen Raten erfolgen. **Zur Obliegenheit, ein Verbraucherinsolvenzverfahren einzuleiten, vgl. BGH v. 23.2.2005 – XII ZR 114/03, BGHReport 2005, 713m. Anm. Hauß = FamRZ 2005, 608ff.** Bei der Bedarfsermittlung für den Ehegattenunterhalt sind grundsätzlich eheprägende Verbindlichkeiten abzusetzen. Beim Verwandtenunterhalt sowie bei Leistungsfähigkeit/Bedürftigkeit für den Ehegattenunterhalt erfolgt eine Abwägung nach den Umständen des Einzelfalls. Bei der Zumutbarkeitsabwägung sind Interessen des Unterhaltsschuldners, des Drittgläubigers und des Unterhaltsgläubigers, vor allem minderjähriger Kinder, mit zu berücksichtigen. Bei der Unterhaltsbemessung nach einem fiktiven Einkommen ist auch ein fiktiver Schuldendienst berücksichtigungsfähig.

### 10.5 Unterhaltsleistungen

(bleibt unbesetzt)

### 10.6 Vermögensbildung

Vermögensbildende Aufwendungen sind im angemessenen Rahmen abzugsfähig.

## Kindesunterhalt

### 11. Bemessungsgrundlage (Tabellenunterhalt)

Der Barunterhalt minderjähriger und noch im elterlichen Haushalt lebender volljähriger unverheirateter Kinder bestimmt sich nach den Sätzen der Düsseldorfer Tabelle ohne Bedarfskontrollbeträge (Anhang 1). Bei minderjährigen Kindern kann er als Festbetrag oder als Vomhundertsatz des Regelbetrags geltend gemacht werden.

#### 11.1 Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge

Die Tabellensätze der Düsseldorfer Tabelle enthalten keine Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge für das Kind, wenn dieses nicht in einer gesetzlichen Familienversicherung mitversichert ist. Dieser Aufwand gehört jedoch zum Grundbedarf und ist vom Barunterhaltspflichtigen allein zu tragen. **Besteht für das Kind eine freiwillige Krankenversicherung, so sind die hierfür erforderlichen Beiträge vom Unterhaltsverpflichteten zusätzlich zu zahlen, zur Ermittlung des Tabellenunterhalts jedoch vom Einkommen abzusetzen.**

#### 11.2 Eingruppierung

Die Tabellensätze sind auf den Fall zugeschnitten, dass der Unterhaltspflichtige einem Ehegatten und zwei Kindern Unterhalt zu gewähren hat. Bei einer größeren oder



geringeren Anzahl Unterhaltsberechtigter sind i.d.R. Ab- oder Zuschläge durch Einstufung in niedrigere oder höhere Einkommensgruppen vorzunehmen. Eine Aufstufung um zwei Einkommensgruppen kommt in Betracht, wenn die Unterhaltspflicht nur gegenüber einem Kind besteht. Liegt insoweit das verfügbare Einkommen des Unterhaltspflichtigen im Bereich der Einkommensgruppe 1, ist für die Aufstufung eine besondere Prüfung notwendig.

## 12. Minderjährige Kinder

### 12.1 Betreuungs-/Barunterhalt

Der sorgeberechtigte Elternteil, der ein minderjähriges Kind betreut, leistet in der Regel hierdurch seinen Beitrag zum Kindesunterhalt (§ 1606 Abs. 3 S. 2 BGB).

### 12.2 Einkommen des Kindes

wird bei beiden Eltern hälftig angerechnet.

### 12.3 Beiderseitige Barunterhaltspflicht/Haftungsanteil

Der betreuende Elternteil braucht neben dem anderen Elternteil in der Regel keinen Barunterhalt zu leisten, es sei denn, sein Einkommen ist bedeutend höher als das des anderen Elternteils (§ 1606 Abs. 3 S. 2 BGB – etwa bei dreifach höherem verfügbarem Einkommen und guten Vermögensverhältnissen – vgl. BGH v. 26.10.1983 – IVb ZR 13/82, MDR 1984, 301 = FamRZ 1984, 39 = NJW 1984, 303), oder der eigene angemessene Unterhalt des sonst allein barunterhaltspflichtigen Elternteils ist gefährdet (§ 1603 Abs. 2 S. 3 BGB). Im letzteren Fall kann jedoch nach der „Hausmann“-Rechtsprechung eine Haftung in Betracht kommen. Sind bei auswärtiger Unterbringung beide Eltern zum Barunterhalt verpflichtet, haften sie anteilig nach § 1606 Abs. 3 S. 1 BGB für den Gesamtbedarf (vgl. 13.3). Der Verteilungsschlüssel kann unter Berücksichtigung des Betreuungsaufwandes wertend verändert werden.

### 12.4 Zusatzbedarf

Bei Zusatzbedarf (Prozesskostenvorschuss, Mehrbedarf, Sonderbedarf) gilt § 1606 Abs. 3 S. 1 BGB (vgl. Nr. 13.3).

## 13. Volljährige Kinder

### 13.1 Bedarf

Beim Bedarf volljähriger Kinder ist zu unterscheiden, ob sie noch im Haushalt der Eltern/eines Elternteils leben oder einen eigenen Hausstand haben.

13.1.1 Für volljährige Kinder, die noch im Haushalt der Eltern oder eines Elternteils wohnen, gilt die Altersstufe 4 der Düsseldorfer Tabelle. Sind beide Elternteile leistungsfähig (vgl. Nr. 21.3.1), ist der Bedarf des Kindes i.d.R. nach dem zusammengerechneten Einkommen zu bemessen. Hierbei findet z.B. bei einer Unterhaltspflicht gegenüber nur einem Kind eine Höherstufung nur um eine Einkommensgruppe statt (OLG Hamm v. 16.9.1992 – 10 UF 183/92, FamRZ 1993, 353 [355], bestätigt durch BGH v. 2.3.1994 – XII ZR 215/92, MDR 1994, 1013 = FamRZ 1994, 696 [697]). Für die Haftungsquote gilt Nr. 13.3. Ein Elternteil hat jedoch

höchstens den Unterhalt zu leisten, der sich allein aus seinem Einkommen aus der Düsseldorfer Tabelle ergibt. Dies gilt auch für ein Kind i.S. des § 1603 Abs. 2 S. 2 BGB.

Erzielt das volljährige Kind eigenes Einkommen, beträgt der Unterhaltsbedarf (ohne Kranken-/Pflegeversicherungsbedarf) mindestens monatlich **530 €**.

13.1.2 Der angemessene Bedarf eines volljährigen Kindes mit eigenem Hausstand beträgt in der Regel monatlich **640 €** (darin sind enthalten Kosten für Unterkunft und Heizung bis zu **270 €**), ohne Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung. Von diesem Betrag kann bei erhöhtem Bedarf oder mit Rücksicht auf die Lebensstellung der Eltern abgewichen werden.

### 13.2 Einkommen des Kindes

Auf den Unterhaltsbedarf werden Einkünfte des Kindes, auch BAföG-Darlehen und Ausbildungsbeihilfen (gekürzt um ausbildungsbedingte Aufwendungen, vgl. Nr. 10. 2. 3) angerechnet. Bei Einkünften aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit gilt § 1577 Abs. 2 BGB entsprechend.

### 13.3 Beiderseitige Barunterhaltspflicht/Haftungsanteil

Für den Bedarf des Volljährigen haften die Eltern anteilig nach dem Verhältnis ihrer verfügbaren Einkommen. Vor der Bildung der Haftungsquote ist der angemessene Selbstbehalt jedes Elternteils und der Unterhalt vorrangig Berechtigter abzusetzen (vgl. zur Berechnungsmethode BGH v. 6.11.1985 – IVb ZR 45/84, MDR 1986, 301 = FamRZ 1986, 151 = NJW-RR 1986, 426; v. 6.11.1985 – IVb ZR 69/84, MDR 1986, 300 = FamRZ 1986, 153 = NJW-RR 1986, 293). Die Haftung ist auf den Tabellenbetrag nach Maßgabe des eigenen Einkommens des jeweils Verpflichteten begrenzt.

Diese Berechnung findet für den Bedarf des volljährigen Schülers i.S. des § 1603 Abs. 2 S. 2 BGB entsprechende Anwendung: zur Bildung der Haftungsquote ist vorab der angemessene Selbstbehalt jedes Elternteils und der Barbedarf weiterer jetzt gleichrangiger Kinder abzusetzen, wenn der verbleibende Betrag zur Bedarfsdeckung aller Kinder ausreicht. Ist dies nicht der Fall (Mangelfall) wird der Selbstbehalt auf den notwendigen Selbstbehalt herabgesetzt. Außerdem ist statt eines Vorwegabzugs des Bedarfs der anderen Kinder der Bedarf des volljährigen Kindes aus dem nach Abzug des eigenen Selbstbehalts der Eltern verbleibenden Betrag anteilig zu befriedigen. Zur Berechnungsweise im Übrigen vgl. BGH v. 9.1.2002 – XII ZR 34/00, BGHReport 2002, 498 m. Anm. Hauß = MDR 2002, 826 = FamRZ 2002, 815 (818).

### 14. Verrechnung des Kindergeldes

Es wird nach § 1612b BGB ausgeglichen.

Zur Verrechnung bei Minderjährigen nach § 1612b Abs. 5 BGB siehe Verrechnungstabelle Anhang 2.

## Ehegattenunterhalt

### 15. Unterhaltsbedarf

Der Unterhaltsanspruch eines bedürftigen Ehegatten (§§ 1361, 1569ff. BGB) besteht in dem Unterschieds-

betrag zwischen seinem eheangemessenen Bedarf und seinen tatsächlich erzielten oder zurechenbaren Einkünften im Rahmen der Leistungsfähigkeit des Verpflichteten.

### 15.1 Bedarf nach ehelichen Lebensverhältnissen

Bei der Bedarfsbemessung darf nur Eheprägendes Einkommen berücksichtigt werden. Eheprägend sind die zum Zeitpunkt der Scheidung verfügbaren Mittel. Einkünfte eines Ehegatten, die aus einer erst nach der Trennung aufgenommenen oder ausgeweiteten Erwerbstätigkeit erzielt werden, sind bei der Bedarfsermittlung zu berücksichtigen, wenn diese Berufstätigkeit anstelle einer zuvor geleisteten Haushaltsführung aufgenommen worden ist (BGH v. 13.6.2001 – XII ZR 343/99, MDR 2001, 991 = BGHReport 2001, 549 m. Anm. Niepmann = FamRZ 2001, 986 = NJW 2001, 2254). Nach der Scheidung eintretende Einkommensminderungen sind für die Bedarfsbemessung zu berücksichtigen, sofern sie nicht auf einer Verletzung von Erwerbsobliegenheiten beruhen (BGH v. 29.1.2003 – XII ZR 92/01, MDR 2003, 695 = BGHReport 2003, 536 m. Anm. Kühner = FamRZ 2003, 590 [591]). Einkünfte, die aus einer überobligationsmäßig ausgeübten Erwerbstätigkeit erzielt werden, prägen die ehelichen Lebensverhältnisse nicht (BGH v. 22.1.2003 – XII ZR 186/01, MDR 2003, 697 = BGHReport 2003, 495 = FamRZ 2003, 518).

### 15.2 Halbteilung und Erwerbstätigenbonus

Der eheangemessene Bedarf eines Ehegatten (ohne Vorsorgebedarf) beträgt 1/2 des den ehelichen Lebensverhältnissen entsprechenden Einkommens eines oder beider Ehegatten, bereinigt um die berücksichtigungsfähigen Lasten und den **Tabellen**-Kindesunterhalt. Erbringt der Verpflichtete sowohl Bar- als auch Betreuungsunterhalt, so gilt Nr. 10.3 (BGH v. 29.11.2000 – XII ZR 212/98, BGHReport 2001, 76 = MDR 2001, 510 = FamRZ 2001, 350).

Auf Erwerbstätigkeit beruhendes Einkommen der Ehegatten wird vorab um einen Bonus von 1/7 bereinigt. Dieser wird jeweils nach Abzug der mit der Erzielung des Erwerbseinkommens verbundenen Aufwendungen (Werbungskosten) sowie grundsätzlich der ehelichen Lasten und des von dem Erwerbstätigen zu leistenden Kindesunterhalts berechnet. Sind mit der Erzielung von Nichterwerbseinkommen (insbes. Wohnvorteil, Kapitaleinkünfte pp) besondere Aufwendungen verbunden, werden diese von der jeweiligen Einkunftsart abgezogen.

### 15.3 Konkrete Bedarfsbemessung

Ein eheangemessener Unterhaltsbedarf (Elementarunterhalt) kann bis zu einem Betrag von **2200 €** als Quotenunterhalt geltend gemacht werden. Ein darüber hinausgehender Bedarf muss konkret dargelegt werden. Eigenes Einkommen des bedürftigen Ehegatten – Erwerbseinkommen nach Abzug des Erwerbstätigenbonus – ist hierauf anzurechnen.

### 15.4 Vorsorgebedarf/Zusatz- und Sonderbedarf

Werden Altersvorsorge-, Kranken- und Pflegeversicherungskosten vom Berechtigten gesondert geltend gemacht oder vom Verpflichteten bezahlt, sind diese von

dem Einkommen des Pflichtigen vorweg abzuziehen. Der Vorwegabzug unterbleibt, soweit nicht verteilte Mittel zur Verfügung stehen, z.B. durch Anrechnung nicht prägenden Einkommens des Berechtigten auf seinen Bedarf. Bei der Bemessung des Altersvorsorgebedarfs kann nach den Grundsätzen der Bremer Tabelle verfahren werden. Altersvorsorgeunterhalt kann i.d.R. nur dann verlangt werden, wenn der angemessene Eigenbedarf (großer Selbstbehalt) gedeckt ist. Der Beitrag für Krankenversicherung und Pflegeversicherung ist in jeweils nachzuweisender konkreter Höhe zu berücksichtigen.

### 15.5 Trennungsbedingter Mehrbedarf

Trennungsbedingter Mehrbedarf kann zusätzlich berücksichtigt werden, wenn ausnahmsweise noch die Anrechnungsmethode Anwendung findet. Obergrenze ist das Ergebnis der Differenzmethode.

### 16. Bedürftigkeit

Eigene (erzielte oder zurechenbare) Einkünfte des Berechtigten sind auf den Bedarf anzurechnen, wobei das bereinigte Nettoerwerbseinkommen um den Erwerbstätigenbonus zu vermindern ist.

### 17. Erwerbsobliegenheit

#### 17.1 Bei Kindesbetreuung

Bei Kindesbetreuung besteht in der Regel keine Erwerbsobliegenheit des berechtigt betreuenden Ehegatten, bevor das jüngste Kind in die dritte Grundschulklasse kommt. Ab Beginn der dritten Grundschulklasse bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres des jüngsten Kindes besteht in der Regel eine Obliegenheit zur teilweisen, danach zur vollen Erwerbstätigkeit. Davon kann abgewichen werden, vor allem bei mehreren Kindern oder bei Fortsetzung einer bereits vor Trennung nicht wegen einer Notlage ausgeübten Tätigkeit.

#### 17.2 Bei Trennungsunterhalt

In der Regel besteht für den Berechtigten im ersten Jahr nach der Trennung keine Obliegenheit zur Aufnahme oder Ausweitung einer Erwerbstätigkeit.

## Weitere Unterhaltsansprüche

### 18. Ansprüche aus § 1615I

Der Bedarf nach § 1615I BGB bemisst sich nach der Lebensstellung des betreuenden Elternteils. *Erleidet dieser einen konkreten Verdienstausschlag, ist er auch für den Unterhalt zu Grunde zu legen.*

*Der Mindestbedarf entspricht in der Regel dem notwendigen Selbstbehalt (890 €).*

### 19. Bedarf beim Elternunterhalt

*Der Bedarf bemisst sich nach der eigenen Lebensstellung des unterhaltsberechtigten Elternteils, wobei nachteilige Veränderungen der Lebensverhältnisse, wie sie regelmäßig mit dem Eintritt in den Ruhestand einhergehen, zu berücksichtigen sind. Auch bei bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen ist die Untergrenze des Bedarfs so zu bemessen, dass das Existenzminimum sichergestellt wird (vgl. BGH v. 19.2.2003 – XII ZR*

67/00, MDR 2003, 875 = BGHReport 2003, 735 m. Anm. Born = FamRZ 2003, 860 ff.). Bei einem Heimaufenthalt wird der Bedarf durch die dadurch anfallenden Kosten einschl. der für die privaten Bedürfnisse gewährten Leistungen nach dem SGB XII bestimmt (vgl. Urteil des BGH v. 7.7.2004 – XII ZR 272/02, MDR 2004, 1358 = BGHReport 2004, 1486 = FamRZ 2004, 1370 ff.).

## 20. Lebenspartnerschaft

bleibt einstweilen offen

## Leistungsfähigkeit und Mangelfall

### 21. Selbstbehalt

#### 21.1 Grundsatz

Es ist zu unterscheiden zwischen dem notwendigen (§ 1603 Abs. 2 BGB), dem angemessenen (§ 1603 Abs. 1 BGB) und dem eheangemessenen (§§ 1361 Abs. 1, 1578 Abs. 1, 1581 BGB) Selbstbehalt.

#### 21.2 Notwendiger Selbstbehalt

Für Eltern gegenüber minderjährigen Kindern und diesen nach § 1603 Abs. 2 S. 2 BGB gleichgestellten Kindern gilt im Allgemeinen der notwendige Selbstbehalt als unterste Grenze der Inanspruchnahme. Er beträgt **890 €**. Davon entfallen **510 €** auf den allgemeinen Lebensbedarf und **380 €** auf den Wohnbedarf (**290 €** Kaltmiete, **90 €** Nebenkosten und Heizung). *Verursacht der Umgang des Unterhaltspflichtigen mit den minderjährigen Kindern besondere Kosten, die er nur unter Gefährdung seines Selbstbezahls aufbringen könnte, kommt eine maßvolle Erhöhung in Betracht* (BGH v. 23.2.2005 – XII ZR 56/02, BGHReport 2005, 790 = FamRZ 2005, 706 ff. = FamRB 2005, 163).

#### 21.3 Angemessener Selbstbehalt

Im Übrigen gilt beim Verwandtenunterhalt der angemessene Selbstbehalt.

21.3.1 Er beträgt gegenüber volljährigen Kindern und Enkeln **1100 €**. Davon entfallen **620 €** auf den allgemeinen Lebensbedarf und **480 €** auf den Wohnbedarf (**370 €** Kaltmiete, **110 €** Nebenkosten und Heizung).

*Der Selbstbehalt gegenüber einem Anspruch nach § 1615I BGB bemisst sich entsprechend § 1581 BGB, vgl. dazu Ziffer 21.4. der Unterhaltsgrundsätze. Es gilt der Halbteilungsgrundsatz* (vgl. dazu BGH v. 15.12.2004 – XII ZR 121/03, BGHReport 2005, 431 m. Anm. Luthin = MDR 2005, 575 = FamRZ 2005, 442 ff.).

#### 21.3.2 Elternunterhalt

Gegenüber Eltern beträgt er mindestens **1400 €**, wobei die Hälfte des diesen Mindestbetrag übersteigenden Einkommens zusätzlich anrechnungsfrei bleibt. In diesem Mindestbetrag sind Kosten für Unterkunft und Heizung in Höhe von **480 €** (**370 €** kalt, **110 €** Nebenkosten und Heizung) enthalten.

#### 21.4 Eheangemessener Selbstbehalt

Gegenüber Ehegatten gilt grundsätzlich der eheangemessene Selbstbehalt. Er entspricht dem angemessenen Unterhaltsbedarf des Berechtigten (Nr. 15), darf aber gegen-

über dem getrenntlebenden Ehegatten den notwendigen Selbstbehalt nicht unterschreiten. Im Geschiedenenunterhalt und der dabei nach § 1581 BGB zu treffenden Billigkeitsabwägung ist sicherzustellen, dass dem Unterhaltspflichtigen gegenüber dem unterhaltsberechtigten Ehegatten ein angemessener Betrag zur Sicherung seiner Existenz verbleibt. Dabei dient ein Betrag in Höhe des großen Selbstbezahls (**1100 €** monatlich) als Anhaltspunkt.

### 21.5 Anpassung des Selbstbezahls

21.5.1 Beim Kindesunterhalt kann der jeweilige Selbstbehalt unterschritten werden, wenn der eigene Unterhalt des Pflichtigen ganz oder teilweise durch seinen Ehegatten gedeckt ist (vgl. Nr. 22).

21.5.2 Die Wohnanteile in den Selbstbezahlen können angemessen erhöht werden, wenn der Einsatzbetrag im Einzelfall erheblich überschritten wird und dies nicht vermeidbar ist.

21.5.3 *Lebt der Unterhaltspflichtige mit einem neuen Partner in Haushaltsgemeinschaft, so ist das allein kein Grund für eine Reduzierung des Selbstbezahls.*

### 22. Bedarf des mit dem Pflichtigen zusammenlebenden Ehegatten

#### 22.1 Minderjährige und privilegierte volljährige Kinder

Ist bei Unterhaltsansprüchen minderjähriger und diesen nach § 1603 Abs. 2 S. 2 BGB gleichgestellter Kinder der Unterhaltspflichtige verheiratet, werden für den mit ihm zusammenlebenden Ehegatten mindestens **650 €** angesetzt.

#### 22.2 Volljährige Kinder, Enkel, Ansprüche aus § 1615I

Ist bei Unterhaltsansprüchen volljähriger Kinder, Enkel oder nach § 1615I Abs. 1 und 2 BGB der Unterhaltspflichtige verheiratet, werden für den mit ihm zusammenlebenden Ehegatten mindestens **800 €** angesetzt.

#### 22.3 Elternunterhalt

Ist bei Unterhaltsansprüchen der Eltern das unterhaltspflichtige Kind verheiratet, werden für den mit ihm zusammenlebenden Ehegatten mindestens **1050 €** angesetzt. Im Familienbedarf von **2450 €** (**1400 €** + **1050 €**) sind Kosten für Unterkunft und Heizung in Höhe von **800 €** (**640 €** kalt + **160 €** Nebenkosten und Heizung) enthalten.

### 23. Mangelfall

#### 23.1 Grundsatz

Ein absoluter Mangelfall liegt vor, wenn das Einkommen des Verpflichteten zur Deckung seines notwendigen Selbstbezahls und der gleichrangigen Unterhaltsansprüche nicht ausreicht. Zur Feststellung des Mangelfalls entspricht der einzusetzende Bedarf für minderjährige und diesen nach § 1603 Abs. 2 S. 2 BGB gleichgestellten Kindern dem Tabellenbetrag, für den getrenntlebenden/geschiedenen Ehegatten seinem Restbedarf (Nr. 15, 16). Der Vorwegabzug des Kindesunterhalts bei getrenntlebenden oder geschiedenen Ehegatten kann unterbleiben,



soweit sich daraus ein Missverhältnis zum wechselseitigen Bedarf der Beteiligten ergibt (zur Berechnungsweise vgl. BGH v. 22.1.2003 – XII ZR 2/00, MDR 2003, 573 = BGHReport 2003, 379 m. Anm. Borth = FamRZ 2003, 363 ff.).

**23.2 Die Einsatzbeträge im Mangelfall belaufen sich**

23.2.1 bei minderjährigen und diesen nach § 1603 Abs. 2 S. 2 BGB gleichgestellten Kindern nach Gruppe 6 der Düsseldorfer Tabelle,

23.2.2 bei getrenntlebenden/geschiedenen Ehegatten auf **890 €**,

23.2.3 bei mit dem Pflichtigen zusammenlebenden Ehegatten auf **650 €** (vgl. Nr. 22.1)

Anrechenbares Einkommen (ohne Erwerbstätigenbonus) ist vom Einsatzbetrag abzuziehen (vgl. auch hierzu BGH v. 22.1.2003 – XII ZR 2/00, MDR 2003, 573 = BGHReport 2003, 379 m. Anm. Borth = FamRZ 2003, 363 ff.).

**23.3 Berechnung**

Die nach Abzug des notwendigen Selbstbehalts des Unterhaltspflichtigen verbleibende Verteilungsmasse ist anteilig auf alle gleichrangigen Unterhaltsberechtigten im Verhältnis ihrer Einsatzbeträge zu verteilen. Das im Rahmen dieser Berechnung gewonnene Ergebnis ist auf seine Angemessenheit zu überprüfen.

**23.4 Für die Kindergeldverrechnung gilt § 1612b BGB.**

**Sonstiges**

**24. Rundung**

Der Unterhaltsbetrag ist auf volle € zu runden.

**25. Ost-West-Fälle**

Bei sog. Ost-West-Fällen richtet sich der Bedarf des Kindes nach der an seinem Wohnsitz geltenden Unterhaltstabelle, der Selbstbehalt des Pflichtigen nach den an dessen Wohnsitz geltenden Selbstbehaltssätzen.

**Anhang**

**1. Düsseldorfer Tabelle**

Anrechenbares Einkommen des Unterhaltspflichtigen in €	0–5	6–11	12–17	ab 18	Vomhundertsatz
1. bis 1300	204	247	291	335	100
2. 1300–1500	219	265	312	359	107
3. 1500–1700	233	282	332	382	114
4. 1700–1900	247	299	353	406	121
5. 1900–2100	262	317	373	429	128
6. 2100–2300	276	334	393	453	135
7. 2300–2500	290	351	414	476	142
8. 2500–2800	306	371	437	503	150
9. 2800–3200	327	396	466	536	160
10. 3200–3600	347	420	495	570	170
11. 3600–4000	368	445	524	603	180
12. 4000–4400	388	470	553	637	190
13. 4400–4800	408	494	582	670	200
über 4800	nach den Umständen des Falles				

**2. Kindergeldverrechnungstabelle in Euro**

Anrechnung des (hälftigen) Kindergeldes für das 1. bis 3. Kind von je 77 €:

Einkommensgruppe	1 – 5 Jahre	6 – 11 Jahre	12 – 17 Jahre
1 = 100 %	204 – 5 = 199	247 – 0 = 247	291 – 0 = 291
2 = 107 %	219 – 20 = 199	265 – 8 = 257	312 – 0 = 312
3 = 114 %	233 – 34 = 199	282 – 25 = 257	332 – 16 = 316
4 = 121 %	247 – 48 = 199	299 – 42 = 257	353 – 37 = 316
5 = 128 %	262 – 63 = 199	317 – 60 = 257	373 – 57 = 316
6 = 135 %	276 – 77 = 199	334 – 77 = 257	393 – 77 = 316

Anrechnung des (hälftigen) Kindergeldes für das 4. Kind von 89,50 €:

Einkommensgruppe	1 – 5 Jahre	6 – 11 Jahre	12 – 17 Jahre
1 = 100 %	204 – 17,5 = 186,5	247 – 2,5 = 244,5	291 – 0 = 291
2 = 107 %	219 – 32,5 = 186,5	265 – 20,5 = 244,5	312 – 8,5 = 303,5
3 = 114 %	233 – 46,5 = 186,5	282 – 37,5 = 244,5	332 – 28,5 = 303,5
4 = 121 %	247 – 60,5 = 186,5	299 – 54,5 = 244,5	353 – 49,5 = 303,5
5 = 128 %	262 – 75,5 = 186,5	317 – 72,5 = 244,5	373 – 69,5 = 303,5
6 = 135 %	276 – 89,5 = 186,5	334 – 89,5 = 244,5	393 – 89,5 = 303,5

# Im Vorwerk steckt halt mehr drin.



www.otto-schmidt.de

Formularbuch plus Handbuch in einem. Damit lassen sich die Ansprüche Ihrer Mandanten auch nach neuester Rechtslage einfach besser durchsetzen. Von der Mandatsübernahme über die außergerichtliche Streitbeilegung und das Mahnverfahren bis zur Zwangsvollstreckung. Zu Beginn eines jeden Kapitels macht man Sie mit den Problemen der jeweiligen Rechtsmaterie vertraut. Dann wird genau beschrieben, was Sie tun müssen. Und im unmittelbaren Anschluss finden Sie praktisch für jede Verfahrenssituation die passenden topaktuellen Muster mit ausführlichen Erläuterungen und Anmerkungen zum neuen Vergütungsrecht. Der neue Vorwerk. Einfach gut.

**BESTELLSCHHEIN**  Ich bestelle mit 14-tägigem Rückgaberecht Vorwerk (Hrsg.) **Das Prozess-Formular-Buch** Herausgegeben von RA beim BGH Dr. Volkert Vorwerk. Bearbeitet von 36 erfahrenen Praktikern. 8., überarbeitete Auflage 2005, 2.846 Seiten Lexikonformat, gbd., inkl. CD mit allen Mustern 118,- € [D]. ISBN 3-504-07016-1

Name \_\_\_\_\_ PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_ Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_ 4/05

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder beim Verlag Dr. Otto Schmidt · Postfach 51 10 26 · 50946 Köln



# Diese zwei sind kaum zu schlagen



Erman **BGB**  
Handkommentar in 2 Bänden.

Herausgegeben von

Prof. Dr. Harm Peter Westermann.

Bearbeitet von 42 namhaften Autoren aus

Wissenschaft und Praxis.

11., neu bearbeitete Auflage 2004,

5.908 Seiten Lexikonformat,

gbd. 298,- € [D].

ISBN 3-933188-22-9

„ein großer Wurf“

RA Dr. Jochen Scheel in NotBZ 12/04



Aschendorff  
Rechtsverlag  
Münster

Verlag  
Dr. Otto Schmidt  
Köln **ols**

„Den Erman loben, hieß schon immer, Eulen nach Athen zu tragen.“  
Was RA Dr. Peter Hamacher im Anwaltsblatt 5/2001 zur Voraufgabe  
gesagt hat, lässt sich auch von der aktuellen 11. Auflage sagen.  
Dennoch wollen wir Ihnen das Lob der Fachwelt zur aktuellen  
Auflage dieses klassischen zweibändigen Handkommentars nicht  
vorenthalten. Schließlich gibt es immer noch den einen oder ande-  
ren, der sich noch nicht persönlich von den vielen Vorzügen des  
Erman überzeugt hat.

„Der ‚Erman‘ [ist] **ein feiner, sehr zu empfehlender Kommentar**,  
der durch die geglückte Verbindung zwischen wissenschaftlich-dog-  
matischer Durchdringung der Materie bei gleichzeitiger Praxisnähe

besticht.“ Dr. Martin Menne in KindPrax 5/2004

„Insbesondere die tiefgreifenden Strukturänderungen aufgrund der  
**Schuldrechtsreform sind in rundum überzeugender Weise** einge-  
arbeitet.“ RA Dr. Jochen Scheel in NotBZ 12/04

„Der an den Bedürfnissen der Praxis orientierte Kommentar erweist  
sich [...] als **ausgesprochen benutzerfreundlich** und gut handhab-  
bar.“ Prof. Dr. Thilo Keil in DZWiR 7/2004

Genug des Lobs? Dann steigen Sie jetzt auf den „Erman“ um. Denn  
mehr brauchen Sie nicht. Und mit weniger sollten Sie sich nicht  
zufrieden geben.

Faxbestellschein: 0221 / 9 37 38-943

Ich bestelle mit 14-tägigem Rückgaberecht aus dem Aschendorff Rechtsverlag  
Erman **BGB** 11., neu bearbeitete Auflage 2004, gbd. 298,- € [D]. ISBN 3-933188-22-9

Name

Straße

PLZ / Ort

Datum / Unterschrift

5/05